

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlag: Rieser Verlag, Gröb. Nr. 22.

Verlag: Rieser Verlag, Gröb. Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Gröb, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Ries, sowie den Gemeinderat Gröb.

Nr. 141.

Montag, 21. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abrechnung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Spalte für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 30%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versät, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Ries. Die regelmäßige Unterhaltungsbeilage „Gröb an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegergemeinschaften — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Wintelich, Ries. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Ries; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Ries.

Verordnung über die Ernteschätzung im Jahre 1920

vom 18. Juni 1920.

Der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) ein Ernteschätzung im Erntejahre 1920 angeordnet (Reichs-Gesetzbl. S. 1129). Zur Ausführung dieser Verordnung wird für den Freistaat Sachsen folgendes bestimmt:

- Die Ernteschätzung für das Erntejahr 1920 findet statt:
 - während der Monate Juni und Juli für:
 - Weizen a) Winterfrucht, b) Sommerfrucht,
 - Gerste a) Winterfrucht, b) Sommerfrucht,
 - Hafer,
 - Wegwarte a) Winterfrucht, b) Sommerfrucht,
 - Wegwarte aus den Getreidearten 1 bis 4,
 - Wegwarte,
 - Wegwarte aus Getreide aller Art mit Hafer;
 - während der Monate September und Oktober für Spätkartoffeln (Ernte nach dem 15. September).
- Die Schätzung ist von den Beteiligten mit größter Gewissenhaftigkeit möglichst unmittelbar vor dem Beginn der Ernte, jedenfalls aber so zeitig vorzunehmen, daß die Einblendungsfrist der Ernteschätzungsberichte gewahrt werden kann. Es ist anzustreben, daß das Ergebnis der Schätzung dem wirklichen Erntertrag entspricht.
- Für die Schätzung ist in jedem Bezirk ein Ausschuss zu bilden. Den Vorsitz hat der Amtshauptmann und in den bezirksfreien Städten der Stadtrat zu übernehmen. Auf die Auswahl der Mitglieder ist die größte Sorgfalt zu verwenden. Es wird zweckmäßig sein, auch die über den Saatstand und über die Ernte berichtenden Vertrauensmänner und sonstige mit der Schätzung von Feldfrüchten besonders vertraute Landwirte wie Pachtzähler, Betriebsbesonderheiten usw. einzubeziehen. Neben dem Ausschuss können für den Bezirk Unterausschüsse gebildet werden, welche in größeren Teilen des Bezirks die Schätzung vornehmen. Grundsätzlich soll kein Schätzer in der Gemeinde tätig sein, in der er angelesen ist. Die Gemeindevorstände sind anzubalten, den Ausschussmitgliedern mit jeder Auskunft zur Seite zu stehen. Die Mitglieder der Ausschüsse sind besorgt, zur Feststellung der Erträge die landwirtschaftlichen Grundstücke zu betreten und von den Früchten Handproben zu entnehmen.
- Die Amtshauptmannschaften haben für jede einzelne Gemeinde ihres Bezirks mit Einschluss der Städte mit revisierter Städteordnung und der selbständigen Gutsbezirke und die bezirksfreien Städte für ihren Stadtbezirk die Durchschnittserträge auf einen Hektar in 100 kg schätzen zu lassen. Bei jeder Schätzung sind die Boden- und Verhältnisse sorgfältig zu berücksichtigen und die durch Witterungs- oder sonstige Verhältnisse in den bei der Anbau- und Ernteschätzung ermittelten Flächen entstandenen Veränderungen zu berücksichtigen, dabei ist den in der Anleitung für die Ausführung der Ernteschätzung gegebenen Bestimmungen nachzugehen.
- Schätzungen einzelner Ausschussmitglieder sind in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Ausschusses (der Unterausschüsse) zu besprechen. Hierbei ist darauf zu achten, daß die Erträge im richtigen Verhältnis zu den Boden- und Anbauverhältnissen stehen. Sind Unterausschüsse gebildet, so sind deren Schätzungen wiederum von dem für den ganzen Bezirk gebildeten Ausschuss nachzuprüfen und nötigenfalls zu berichtigen. Die Reichsgereichtsstelle ist berechtigt, zu jeder Sitzung eines Ausschusses Vertreter zu senden; das gleiche Recht hat die Reichsstatistikstelle für die unter § 1 Ziffer II aufgeführten Schätzungen. Die von diesen Stellen nachhaft gemachten Vertreter sind von jeder Sitzung eines Ausschusses oder Unterausschusses rechtzeitig zu benachrichtigen.
- Bevor die Schätzung der Durchschnittserträge durch die Ausschussmitglieder

beginnt, haben die Amtshauptmannschaften und bezirksfreien Städte die bei der Erhebung der Getreide- und Kartoffelflächen im Jahre 1920 festgestellten Flächen (Min.-V. C. vom 18. Mai 1920, Sächs. Staatszeitung Nr. 113) in den Listen vorzuschreiben zu lassen. Sind die Durchschnittserträge geschätzt, nachgeprüft und in die Listen eingetragen, so haben die Amtshauptmannschaften die Vollständigkeit der eingegangenen Listen festzustellen, sodann die eingetragenen Durchschnittserträge mit den Getreideflächen zu verknüpfen und das Ergebnis für den ganzen Bezirk aufzurechnen. Ist der Gesamtertrag festgestellt, so ist durch Division des Gesamtertrages durch die Gesamtfläche der Durchschnittsertrag für den Bezirk zu errechnen. Die ausgefüllten Vorbrüche sind spätestens bis zum 4. August 1920 für die im § 1 Ziffer I genannten Früchte und bis zum 18. Oktober 1920 für die im § 1 Ziffer II genannten Früchte an das Statistische Landesamt einzuwenden. § 7. Die für die Ernteerträge erforderlichen Vorbrüche werden den Amtshauptmannschaften und bezirksfreien Städten vom Statistischen Landesamt überandt werden. Dresden, den 18. Juni 1920. Reichsstatistikamt.

Verkehr mit Süßholz.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 1. September 1916 — 1413 P II — wird darauf hingewiesen, daß bei Entnahme und Abgabe von Süßholz die Protokollkarte vorzulegen und die Abgabe auf der Rückseite mit der Angabe des Datums zu versehen ist. Zumberhandlungen werden nach § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September 4. November 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft. Gröb, den 18. Juni 1920. Die Amtshauptmannschaft.

Wochenkartoffelarten in Gröb.

Die Inhaber von Wochenkartoffelarten werden hiermit ersucht, die ihnen auf sämtliche Wochenkartoffelarten noch zuzubehenden Kartoffeln bis spätestens Ende dieser Woche bei den Kartoffelhändlern abzugeben. Eine Gewähr für spätere Belieferung der Kartoffelarten kann nicht übernommen werden. Gröb (Elbe), am 21. Juni 1920. Der Gemeindevorstand.

Pflichtfeuerwehr in Gröb.

Mittwoch, den 23. Juni 1920, nachmittags 1/8 Uhr haben sich alle in Gröb, Forberge und Unterwehren anfallenden, zum Pflichtfeuerwehredienste verpflichteten Mannschaften der Wehrjahre 1893 und 1894 zu einer Feuerwehrrübung am Steigerstr. in der Oströbe in Gröb pünktlich einzufinden. Ungerechtfertigtes und unentschuldigtes Verbleiben wird auf Grund der Feuerlöschordnung bestraft. Gröb (Elbe), am 21. Juni 1920. Der Gemeindevorstand.

Für einen 12-jährigen Knaben wird gutes Unterkommen in einem landwirtschaftlichen Betrieb gesucht. Meldungen erbittet der Ortsarbeitsverband Gröb. Die Ausgabe der neuen Steuerkarten erfolgt Mittwoch, den 23. Juni 1920 im Gemeindevorstand. Die Ausgabe erfolgt an die Steuerpflichtigen nur direkt. Gröb (Elbe), am 21. Juni 1920. Der Gemeindevorstand.

Das für die Gemeinde aufgestellte Verzeichnis der Kartoffelerzeuger aus der Ernte 1920 von über 2 ha Besitzgröße und der von ihnen abzugebenden Mindestmengen liegt vom 23.—25. Juni 1920 während der üblichen Geschäftsstunden im Gemeindevorstand öffentlich aus. Einsprüche sind binnen 3 Tagen — vom Tage der Auslegung ab gerechnet — schriftlich hier einzubringen. Gröb (Elbe), am 21. Juni 1920. Der Gemeindevorstand.

Die Kabinettsbildung für heute zu erwarten.

in Berlin, 21. Juni.

Die Deutsche Volkspartei hat dem Präsidenten Febrbach eine neue Formulierung der wichtigsten Sätze des Regierungsprogramms überreicht, die sich noch enger an die bekannten Forderungen der demokratischen Partei anlehnt. Insbesondere entspricht diese Formulierung den Voraussetzungen, die von den Demokraten als unerlässlich für eine Mitwirkung an der Regierung bezeichnet worden sind, nämlich das Bekenntnis zur Weimarer Verfassung und zur republikanischen Staatsform. Die Kabinettsbildung ist daher mit Bestimmtheit am heutigen Montag zu erwarten. Am Sonntag haben auf Grund einer Vereinbarung aller Beteiligten Verhandlungen nicht stattgefunden.

Kommunalwahlen in Großberlin.

Gestern fanden die Wahlen für die neue Stadtgemeinde Berlin, die die Stadt Berlin und 93 Vororte umfasst, unter schwacher Beteiligung statt. Es dürften nach vorläufiger Schätzung etwa 60 bis 65%, der Wahlberechtigten zur Urne gegangen sein. Aus den bisher vorliegenden Resultaten ergibt sich wie bei der Reichstagswahl eine überragend hohe Stimmzahl der rechtsstehenden Parteien. Es erhielten in Berlin: Sozialdemokraten 141 215 Stimmen, Unabhängige 366 502, Demokraten 55 698, Deutschnationale 94 185, Deutsche Volkspartei 123 547, Zentrum 33 799, Wirtschaftliche Vereinigung 39 840, Unpolitische Frauenpartei 20 Stimmen; ferner liegt noch folgendes Ergebnis vor: Charlottenburg: 11 288 (Deutschnat.), Deutsche Volkspartei 16 983, Demokraten 7 695, Zentrum 3 598, Sozialdemokraten 12 811, Unabhängige 25 800, Wirtschaftliche Vereinigung 4 087, Frauenpartei 334 Stimmen.

Landtagswahlen in Thüringen.

Am gestrigen Tage fanden in Thüringen die Wahlen zum neuen Landtage statt. Die Wahlbeteiligung war bedeutend schwächer als bei den Reichstagswahlen. Das Zentrum hatte zur Stimmabgabe proklamiert, da es in Thüringen nur über 8- bis 9000 Stimmen verfügt, während erst auf 12 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Bis zur Stunde liegen folgende Wahlergebnisse vor: Weimar: Deutschnationale 2930, Deutsche Volkspartei 5221, Bauernbund 50, Demokraten 1314, Reichsbanner 2341, Unabhängige 1866, Kommunisten 70 Stimmen. Weimar: Deutschnationale 985, Deutsche Volkspartei 1960, Bauernbund 40, Demokraten 200, Reichsbanner 222, Unab-

hängige 1853 Stimmen. Jena: Deutschnationale 2180, Deutsche Volkspartei 6988, Bauernbund 98, Demokr. 3164, Reichsbanner 7302, Unabhängige 4231, Kommunisten 451 Stimmen.

Die Wohnungsnot in Thüringen.

Nach einer vom Sachsen-Weimarschen Staatsministerium aufgestellten Statistik fehlen in Sachsen-Weimar 3 500 und in ganz Thüringen 14 000 Wohnungen. Die Baukosten für die erforderlichen Neubauten würden sich für Sachsen-Weimar auf 70 Millionen Mark und für Thüringen auf 280 Millionen Mark stellen. Die mit 14% vorgeschlagenen Mietsteuern würden für Sachsen-Weimar 25 Mill. Mark und für Thüringen 100 Mill. Mark ergeben. Daraus ist zu ersehen, daß ohne die baldige Aufnahme einer Anleihe die Wohnungsnot nicht beseitigt werden kann.

Die Türkei verlangt Fristverlängerung.

Die Türkei verlangt eine weitere vierjährige Frist zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Davas meldet aus London, Sunday-Express berichtet das englische Kabinett habe die Vorschläge Venizelos, griechische Truppen zur Verstärkung der britischen und indischen Truppen in die Zone der Meerengen von Konstantinopel zu entsenden, angenommen. — Eine Konstantinopeler Depesche des Londoner Weekly Dispatch vom 19. Juni berichtet, die türkischen Nationalisten seien in die amerikanische Schule bei Jsmid eingedrungen und hätten einige Zivilpersonen, die sich dorthin geflüchtet hatten, getötet. Die englischen Kriegsschiffe setzen das Bombardement gegen die Nationalisten fort. Die englischen Truppen nähmen jetzt eine Stellung vorwärts von Jsmid ein.

Der Boykott gegen Ungarn.

Aus Wien wird gemeldet: Der von der Amsterdamer Gewerkschaftszentrale über Ungarn verhängte Boykott hat in der vorletzten Nacht begonnen. Die Eisenbahnerorganisationen, die Transportarbeiter sowie das Personal der Post- und Telegraphenämter haben, soweit sie auf sozialistischem Boden stehen, alle Vorbereitungen getroffen, die von Amsterdam ausgehende Parole durchzuführen. Bereits seit Freitag werden alle für Ungarn bestimmten Waggons mit der Aufschrift „Magyar — nicht expedieren“ versehen. — Der Boykott gegen Ungarn ist, wie aus Österreich, sozialistischen Kreisen mitgeteilt wird, vorläufig auf acht Tage befristet. Man ist hier sehr der massenhaften Reaktion nicht nach-

geben sollte, dann soll der scharfe Boykott eintreten, d. h. dann soll auch der Personen- und Schmalspursverkehr eingestellt werden. Die von Ungarn angebotenen Restposten werden in Wiener Arbeiterkreisen als leere Drohung bezeichnet, weil die Lebensmittelmengen, die bisher aus Ungarn nach Österreich kamen, sehr minimal seien. Was die Zufuhren aus Jugoslawien und Rumänien betreffe, so glaubt man, daß Ungarn diese Sendungen durchlassen muß, und man hat angeht die Versicherung, daß diese Sendungen Ententebesitz erhalten werden. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt: Zum ersten Male greift die Internationale der Gewerkschaften mit einer großen Aktion in das Getriebe der europäischen Politik ein. Der Boykott, den die Gewerkschaftsinternationale über Ungarn verhängt, stellt den ersten Versuch dar, die gewerkschaftlichen Kampfmittel in den Dienst der internationalen politischen Aktion zu stellen. Es wird, wenn nicht alle Zeichen täuschen, sehr bald die Gelegenheit zum Eingreifen auch in andere Angelegenheiten gegeben sein. Auch die bürgerliche Presse beschäftigt sich mit dem Boykott. Das „Neue Tagblatt“ gibt einen auch in anderen Blättern enthaltenen Gedankengang wieder, indem es sagt: Die Boykottierung eines Staates auf Geheiß einer ausländischen Parteiorganisation ist eine noch nie dagewesene Erscheinung, welche unabsehbare Möglichkeiten in sich schließt. Sie ist die Verhärterung der Grundlagen, auf denen das innerkontinentale und das internationale Verkehrsleben aufgebaut ist. Der Boykott weist deutlich in die Richtung der proletarischen Diktatur. Der Wiener ungarische Gesandte, Dr. Graf, erklärt in der „Reichspost“, der rasche Zusammenbruch des Boykotts sei geradezu ein europäisches Interesse, denn sonst hätte Europa von nun an in Amsterdam eine Weltregierung, welche heute Dornen, morgen vielleicht aber Lloyd George oder Millerand auf diesem Wege ihre eigene Politik ausstrahlen könnte.

Der Standpunkt der ungarischen Regierung zum Boykott gegen Ungarn ist, wie das ungarische Korrespondenzorgan „Püro“ erzählt, der, daß die ungarische Regierung gegen alle Staaten, welche die Blockade durchführen, von ihrem vollen Rechte, Repressalien zu erheben, Gebrauch machen und dieselben Maßnahmen durchzuführen wird, welche gegen Ungarn in den betreffenden Staaten tatsächlich durchgeführt werden.

Die Schulden der Allierten.

Der ehemalige Abgeordnete Franklin Bouillon, der in England eine Enquete über die Stimmung des englischen Volkes und der politischen Kreise in England gegen Frankreich veranstaltet hat, erklärt, Lloyd George habe ihm gesagt, Frankreich und Italien schulden England 25 Milliarden, und England schulde Amerika die gleiche Summe. Lloyd George habe in Washington erklären lassen, England wolle auf Rückzahlung verzichten, wenn Amerika ein

gleiches tue. Die Forderung sei jedoch kategorisch und, wie er glaube, endgültig abgelehnt worden.

Eine neue Besprechung in Olyhe.

In Olyhe bei Flossenfeld hat gestern eine neue Besprechung zwischen Millerand und Lloyd George stattgefunden. Die Reuter meldet, sind diese Besprechungen unter größter Heimlichkeit vor sich gegangen. Lloyd George und Millerand und die beiderseitigen Sachverständigen hielten am Vormittag eine Sitzung ab und am Nachmittag eine zweite. Die beiden Minister sind der Ansicht, daß ihre gegenseitigen Besprechungen bessere Ergebnisse gezeitigt haben als die vorausgegangenen. Millerand hat sich am Sonntag früh mit Marshall Hoop und Marshall Wilson und später mit Lloyd George und Millerand besprochen. Nach ihrer Zusammenkunft vom Nachmittag wurde folgende halbamtliche Mitteilung veröffentlicht: „Die französische Regierung hat den französischen Standpunkt über die bedauerliche Langsamkeit, mit der Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages und die Entlassung durchführt, dargelegt. Die beiden Regierungen haben in vollkommener Uebereinstimmung beschlossen, der interalliierten Konferenz von Boulogne zu empfehlen, der Militärkommission Weisung zu geben, unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, die Durchführung der Bedingungen des Friedensvertrages, betreffend die Entlassung der deutschen Truppen und die Herausgabe des Kriegsmaterials, zu beschleunigen.“

Am heutigen Montag hat nun die Zusammenkunft in Boulogne begonnen. Aus London wird darüber gemeldet: Die für Montag angelegte Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand in Boulogne hat sich nunmehr zu einer wichtigen Konferenz des Obersten Rates entwickelt und wird bezüglich des Umfangs der zu behandelnden Gegenstände viel weiter gehen als ursprünglich geplant war. Die Zusammenkunft in Olyhe dient einer vorbereitenden Besprechung. „Daily News“ schreibt: Auf der Tagesordnung von Boulogne werden außer der deutschen Entschuldigungsfrage noch die türkische, die orientalische und die russische Frage stehen. Die türkische Frage umfaßt die Lage in Anatolien, wo die englischen Truppen gegen Mustafa Kemal kämpfen, und ferner das Verlangen der türkischen Delegierten in Paris nach Revision des Friedensvertrages. Marshall Hoop als militärischer Sachverständiger und Benzelos werden ebenfalls zugegen sein. „Daily News“ fügt hinzu, man dürfe erwarten, daß Lloyd George sich mit allen Kräften bemühen werde, den Obersten Rat zu veranlassen, bezüglich Rußlands mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen. Es sei sicher, daß er dabei von dem Grafen Storga energisch unterstützt werden wird.

„Echo de Paris“ wird die Verklebung der Konferenz in Spa auf dem 18. Juli wegen der Schwierigkeiten der Rahnverkehrsverhältnisse in Deutschland bestätigt. Zur Konferenz in Boulogne berichtet „Matin“, man scheine sich entschlossen zu haben, die deutsche Armee auf 100 000 Mann zu beschränken.

Nach einer „Times“-Meldung wurde Oberst Douce am heutigen Montag in Southampton erwartet. Er soll als Berichterstatter des Public Ledger von Philadelphia in Europa reisen.

Tagesschau.

Deutsches Reich.

Verarbeiten der Bergarbeiter über ungenügendes Brot. Der Betriebsausschuß der Zeche „Zachler-Renad“ überreicht der Öffentlichkeit eine Entschuldigungs- in der es u. a. heißt: Die Klagen über ungenügendes Brot und über das vollständige Fehlen der Lieferung backfähigen Mehles nehmen in den Bergarbeiterkreisen einen bedrohlichen Charakter an. Die Tatsache, daß hier in Essen an die schwerarbeitende Bevölkerung ein unbeschränkbares, gesundheitsgefährliches Essen als Brot abgegeben wird, erregt die Gemüter außerordentlich. Die Bergarbeiter haben in den letzten Monaten bemerkt, daß sie durch das Verzehren von Ueberschichten und demgemäßige Steigerung der Förderung gewöhnt sind, der Allgemeinheit Opfer zu bringen. Von morgens 5 Uhr bis abends 5 Uhr, also volle 12 Stunden, müssen sie bei ihrer schweren Arbeit während der Ueberschichten von dem Wismaloch, in Essen Brot genannt, leben. Die Folgen davon sind, daß die Bergleute bis zu 90 Prozent an Magenbeschwerden leiden, arbeitsunfähig werden und unsere Förderung von Tag zu Tag zurückgeht. Ja, die Lage ist noch bedrohlicher. Die Bergarbeiter erklären, in Kürze die 13-kündigen Schichten nicht mehr verkraften zu wollen, wenn unser Brot nicht besser wird.

Die Verhinderung der Zwangsarbeit. Die Abendausgabe der „Voss. Stg.“ vom 18. Juni bringt in auffälliger Weise unter der Ueberschrift „Allgemeine Aufhebung der Zwangsarbeit, völliger Abbau bis zum 1. Oktober“, durchaus unzutreffende Angaben über die Pläne, die das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in dieser Hinsicht verfolgt. Demgegenüber wird bemerkt, daß das Reichsministerium an eine Aufhebung der Zwangsarbeit zum 1. Oktober nie gedacht hat und nicht denkt. Das Ministerium hält daran fest, daß für die wichtigsten Nahrungsmittel in der nächsten Zukunft an eine Freigabe nicht gedacht werden kann. Das gilt nicht nur für Getreide und Milch, sondern auch für Fleisch. Selbst hervorragende Vertreter der Landwirtschaft haben die Berechtigung der gegen die Aufhebung der Zwangsarbeit bestehenden Bedenken anerkannt. Soweit als möglich soll wieder die freie Einfuhr zugelassen werden, zunächst für Fische, Eier, frisches Gemüse und Obst, mit Ausnahme von Kürbis und Südkrüden, später noch so bald als möglich für andere Lebensmittel. Als weitere Folge dieser Wiederherstellung des freien Handels ergibt sich dann auch die seit längerer Zeit vom Volk mit Recht geforderte Verminderung der Kriegsgeldschaften, in deren Abbau das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft allerdings ein wesentlich beschleunigtes Tempo einschlägt. Für diejenigen Nahrungsmittel, welche die Grundlage der Ernährung bilden, kann jedoch eine Lockerung oder Aufhebung der Zwangsarbeit erst dann in Frage kommen, wenn die Sicherheit besteht, daß bei freier Wirtschaft für jeden die Deckung des Bedarfs zu erträglichen Preisen sichergestellt ist.

Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath. Dem Reichstagsabgeordneten Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath im Alter von 68 Jahren. Die Beilegung findet in aller Stille in Amth bei Guben statt.

Ein Anschlag auf Wilhelm II.? „Chicago Tribune“ wird aus dem Haag gemeldet, daß gegen den früheren Kaiser Wilhelm ein Attentat verübt wurde. Ein Deutscher, der sich als Arbeiter verkleidet hatte, verschaffte sich in das Schloß des ehemaligen Kaisers Eingang unter dem Vorwand, daß er dort die Wasserleitung reparieren müsse. Der Mann erwartete den Kaiser in der Halle und suchte ihn mit einem Instrument zu töten, verfehlte ihn aber nur am Hieser. Er wurde sofort verhaftet, verweltet jedoch jede Auskunft über seine Absichten. — Man wird gut tun, die Meldung mit Vorbehalt anzunehmen.

Der Streik im Elektrizitätswerk Halle beigelegt. Der Streik der Arbeiter im hiesigen Elektrizitätswerk ist nach wiederholten Versuchen gestern nachmittags beigelegt worden. — Wie bekannt wird, hat der Magistat das Eingreifen der technischen Notdienste abgelehnt, weil er die Aufrechterhaltung des Betriebes im Elektrizitätswerk nicht als lebenswichtig ansieht.

Die Warburger Zeitungsverhältnisse freigesprochen. In der Kriegsgerichtsverhandlung gegen die Warburger Zeitungsverhältnisse wegen Verletzung des Heeres Geheims wurde heute das Urteil gefällt. Die Angeklagten wurden freigesprochen.

Freigesprochen. Das Gericht erkannte an, daß die Zeugen Barik, Arnold und Frau Wolf beleidigt und mißhandelt worden seien. Dafür können nur der Angeklagte Göbel und weitere Zeitungsverhältnisse in Betracht, die nicht unter dem Angeklagten seien. Die Verurteilung dieser Angeklagten wäre Aufgabe eines weiteren Verfahrens.

Die Eisenbahner streiken dem schwebenden Verhandlung. Eine am Freitag abend in Halle tagende Versammlung der Eisenbahner nahm einstimmig eine Entschlüsselung an, in der sie Protest gegen die am 25. d. M. in Kraft tretende Verordnung über den sechsprozentigen Lohnabzug erheben. Sie beschließen die einseitig ausgearbeitete Verordnung lediglich als ein Machtmittel gegen die arbeitende Bevölkerung. Sie fordern alle sozialistischen und gewerkschaftlichen Eisenbahner auf, sich diesen Forderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu widersetzen. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wurden am Sonnabend wieder aufgenommen.

Der französische Sprachunterricht. Die „Frankfurter Zeitung“ erhält von wohl informierter Seite folgenden Hinweis in Bezug auf den angeht von französischer Seite geübten französischen Unterricht in den Schulen des besetzten Gebietes. Die interalliierte Rheinlandkommission hat kürzlich in einem Schreiben an den Reichskommissar anerkannt, daß keine militärische Verordnung über den französischen Sprachunterricht in den Schulen mehr in Kraft ist. Was die Erteilung von französischem Sprachunterricht an nicht mehr schulpflichtige Personen angeht, so kann auch in Bezug auf diesen von den Gemeinden keinerlei Zwang ausgeübt werden, selbst dann nicht, wenn der Unterricht durch die Militärbehörden eingerichtet worden ist.

Die Frage des Frauenstimmrechts. Die belgische Kammer hat gestern die Diskussion über die Abänderung der Verfassung damit begonnen, die Frage des Stimmrechts durchzubearbeiten. Hierbei kommt wieder die Frage des Frauenstimmrechts zur Debatte, für das die Ministerialkommission besonders warm eintreten. Wie jetzt bekannt wird, haben sich die Sozialisten entschlossen, mit den Liberalen über ein Kompromiß in der Frage der Bewilligung des Stimmrechts für Frauen zu verhandeln.

Der Rüstungsentwurf. Nach einer Meldung des „Populaire“ haben 85 Deputierte in der Kammer den Antrag gestellt, den Rüstungsentwurf teilweise außer Kraft zu setzen, um die Produktion in Frankreich zu erhöhen.

Wahlrecht der Gewerkschaften. Gewerkschaften wurden einstimmig zum Wahlrecht des amerikanischen Arbeiterbundes wiedergewählt.

Eine Erklärung Coovers. Hoover hat bekanntgegeben, daß er bei den Wahlen die Republikaner unterstützen werde. Er bezeichnet das republikanische Programm als aufbauend und fortschrittlich.

Deutsches und Sächsisches.

Melk, den 21. Juni 1920.

Wer ist der Eigentümer? Am diesigen Ufer wurde der Rahmenbau eines Fahrzeuges, Marke „Torpedo“, Nr. 138 456, gefunden. Der Leberbezug des Sattels ist abgedünnt. Das Rad dürfte von einem Diebstahl herrühren. Der Eigentümer wird ersucht, sich unverzüglich bei der hiesigen Polizei oder bei der nächsten Gendarmeriestation zu melden.

Der Gastwirtschaftsverband im Freistaat Sachsen hält vom 20. bis 27. Juni in Bismarckswerda seinen 34. Verbandstag ab. Mit dem eine reichhaltige Ausstellung für das Gastwirtschaftsgewerbe verbunden ist, die in Gegenwart von Vertretern sächsischer und sächsischer Behörden, Vereinen, Körperschaften usw. gestern vormittag feierlich eröffnet wurde.

Sommers Anfang. Heute (21. Juni) um 7 Uhr abends tritt die Sonne aus dem Zeichen der Zwillinge in das des Krebses, womit im astronomischen Sinne der Sommer beginnt. Meteorologisch ist er in diesem Jahre schon recht frühzeitig eingetreten, wie überhaupt die nunmehr beinahe verstrichene erste Hälfte dieses Jahres sich infolge sehr angenehmer Gestalt hat, als dies eine jahreszeitliche Verhältnisse von rund einem Monat zu beobachten war. Nach dem bisherigen Verlauf der warmen Jahreszeit braucht man für die Befreiung der Bitterung während des eigentlichen Sommers keine Befürchtungen zu hegen. Es läßt sich zwar keineswegs jetzt schon voraussagen, ob der Hochsommer besonders heiß werden wird; aber die Wahrscheinlichkeit einer baldigen entgegengesetzten Befreiung der Bitterung derart, daß etwa die Witterung vorzeitig herbstlich wird, erscheint auf Grund langjähriger Erfahrung nur gering, und vermutlich wird der Sommer auch weiterhin warm, mindestens aber normal sein.

Das Bier soll besser und billiger werden. Im „Voss. Tageblatt“ lesen wir: Das Präsidium des Sächsischen Brauerbundes teilt mit, daß eine neue Bierpreisermäßigung nicht gedacht wird. Die Brauereien sind im Gegenteil davon überzeugt, daß eine Erhöhung des Ablasses nur durch eine Verbesserung des Bieres und durch eine Herabsetzung des Preises erfolgen kann.

Die Erhöhung der Juckerpreise. Ueber die wichtige Frage, warum die Juckerpreise jetzt erhöht werden müßten und der Jucker so knapp sei, wird von zuverlässiger Stelle folgende Aufklärung gegeben: Jucker war neben Kohle und Kali von jeher der hauptsächlichste Ausfuhrartikel Deutschlands. Die Bevölkerung sieht sich deshalb bisweilen bedrückt, daß die Juckererzeugung so knapp und die Juckerpreise so hoch sind. Die Verhältnisse, die dazu zwingen, sind folgende: Während des Krieges ist der Juckerüberbau in Deutschland, wie in allen anderen Ländern, ganz bedeutend zurückgegangen, nämlich von 546 788 Tonnell im Jahre 1914/15 auf 207 288 Tonnell im Jahre 1919/20. Der starke Rückgang im letzten Jahre ist vor allem auch auf die Abtrennung deutscher Gebiete, besonders uneres ehemals ergiebigsten Erzeugungsgeländes Polen zurückzuführen. Die Juckererzeugung ist in noch weit stärkerem Maße zurückgegangen, nämlich von 25 Millionen Doppelzentner auf 7 Millionen Doppelzentner. Im vergangenen Herbst besonders hat einen erheblichen Teil der erbrachten Mengen das frühzeitige Winterwetter vernichtet. Auch abgesehen davon jedoch kamen zu der geringen Größe der Anbaufläche erscheinend noch der Mangel an geeignetem Saatgut, an Arbeitskräften, an Düngemitteln und schließlich die Tatsache, daß bei den wesentlich erhöhten Löhnen und Löhnen der Landwirtschaft die Preise für Juckererzeugnisse die Erzeugungskosten nicht mehr deckten und darum der Anbau nicht mehr so lohnend erschien wie früher. Um vor allem diesem letzten Umstand abzuhelfen, sind die Preise wiederholt erhöht und zuletzt auf 46 Mark für den Hektar festgesetzt worden. Viele Heranzügelung war im Interesse des Publikums unbedingt nötig, um die Gefahr zu vermeiden, daß bei ungenügenden Preisen die Juckererzeugung noch mehr zurückginge und die Mägen überdies in großem Umfang verfaulen würden. Aus dieser Steigerung der Juckerpreise folgt ohne weiteres die Verteuerung des Bieres; es ist dabei noch zu berücksichtigen, daß auch der Verarbeitungsprozess in den Brauereien und den Mälzereien durch die Erhöhung der Rohpreise, Arbeitslöhne und Eisenbahnfrachten gegen früher ganz erheblich verteuert worden ist. — Wenn die Defizitfrage gelegentlich durch Nachrichten über Juckererzeugung aus Deutschland beantwortet werden ist, so hat die Reichsregierung bestimmt entschieden, daß an solchen Nachrichten kein

wahres Wort ist, sondern daß es sich immer nur um Durchtransporte aus der Tschecho-Slowakei nach fremden Staaten handeln kann, die unter der Obhut der Entente auf der Weite durchgeführt werden.

Keine Versammlungsbeschränkungen an Sonntagen mehr. Der Rat der Stadt Dresden hatte im „Dresdner Anzeiger“ vom 18. Juni eine Besannntmachung erlassen, die das Abhalten von Versammlungen an Sonn- und Festtagen vor 11 Uhr vormittags verbietet. Der Rat bezieht sich darin auf das Ministerium des Innern, das Justiz- und Wirtschaftsministerium und teilt mit, daß nach deren Feststellungen der 18. des Verammlungsgeleches vom 10. September 1870 trotz des in der Reichsverfassung vorgesehenen Fortfalls der Versammlungsbeschränkungen noch zu Recht besteht. — Wie wir auf unsere Untersuchungen an unabhängiger Stelle erfahren, handelt es sich bei dieser Besannntmachung um die Verabredung rein juristischer Feststellungen, an denen der Minister des Innern und der Wirtschaftsminister nicht beteiligt gewesen sind. Am nun aber alle Nulla-ferten und Unstimmigkeiten in dieser Frage ein für allemal zu beseitigen, hat das Reichsministerium am Freitag beschlossen, in der kommenden Woche der Volkskammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach fortan der 18. des oben genannten Gesetzes außer Kraft gesetzt wird. Es können mithin, da an der beschleunigten Annahme in der Volkskammer nicht zu zweifeln ist, die Versammlungen an den Sonn- und Festtagen zu jeder beliebigen Stunde gehalten werden.

Nachmal das Verbot der Vorauszahlung von Löhnen und Gehältern. Aus dem Reichsfinanzministerium wird gemeldet: Es sind Gerichte in Umlauf gesetzt worden und haben auch teilweise Eingang in die Presse gefunden, wonach im Reichsfinanzministerium zum Zweck der Umgehung des Lohn- und Gehaltsabzuges Vorauszahlung von Löhnen und Gehältern erfolgen soll. Es braucht nicht eigens gesagt zu werden, daß es sich hier um eine ebenso böswillige wie plumbe Verleumdung handelt, die zudem zeigt, daß die Vertreter der selben die gesetzlichen Bestimmungen gar nicht kennen. Solche Steuerumgehungsversuche sind gesetzlich absolut unzulässig. Ein Arbeitgeber, der solche Versuche machen würde, ist nach dem Einkommensteuergesetz persönlich haftbar und macht sich überdies der Steuerhinterziehung schuldig. Es sind auch die Reichs- und Staatsbehörden darüber verständigt, daß die Vorstände der einzelnen Behörden im Falle solcher Vorauszahlungen Vermögensschädlich und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden würden.

Einfuhr von Frühkartoffeln aus Holland. Nach den bei der Reichsfinanzstelle vorliegenden Nachrichten sind die Bedarfsstellen fast ausnahmslos mit Kartoffeln aus der alten Erde bis zum Eintritt der deutschen Frühkartoffelernte versorgt. Ferner ist bei Weiteranhalt des augenblicklich günstigen Wetters mit einem zeitigen Eintritt der deutschen Frühkartoffelernte zu rechnen. Aus diesen Gründen braucht in diesem Jahre nicht in demselben Umfang wie in den vergangenen Jahren auf die holländischen Frühkartoffeln für die Versorgung der Bevölkerung zurückgegriffen zu werden. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich daher entschlossen, von einem zentralisierten Ankauf der Frühkartoffeln in Holland Abstand zu nehmen und die Einfuhr der Frühkartoffeln aus Holland und den angrenzenden westlichen Ländern freizugeben. Da voraussichtlich von Mitte Juli ab deutsche Frühkartoffeln in ausreichendem Umfang für die Versorgung der Bedarfsstellen zur Verfügung stehen, ist jedoch zunächst die Einfuhr bis zum 20. Juli befristet mit der Maßgabe, daß nach diesem Zeitpunkt Wagen nicht mehr über die Grenze gelassen werden. Jeder Händler, der beabsichtigt, Frühkartoffeln aus Holland oder den übrigen westlichen Ländern einzuführen, hat einen Antrag an die Reichsfinanzstelle zu richten, in dem die Anzahl der einzuführenden Wagen und die Grenzstellen, über die die Transporte geleitet werden sollen, angegeben sind. Seitens der Reichsfinanzstelle werden hierauf die Grenzstellen mit größter Beachtung angezweifelt werden, die angemeldeten Wagen über die Grenze zu lassen. Gleichzeitig wird die Frist über die Einfuhr italienischer und spanischer Kartoffeln, die bisher mit dem 30. ds. Mts. abließ, ebenfalls bis zum 20. Juli verlängert.

Der Entwurf eines neuen Landtagswahlgesetzes. Das Reichsministerium hat in seiner Sitzung am Freitag über den Entwurf eines neuen Landtagswahlgesetzes beraten, der in den nächsten Tagen der Volkskammer zur Beschlussefassung vorgelegt wird. Der Entwurf schließt sich eng an das Reichswahlgesetz an. Die Regierung erhofft von dieser Anpassung, daß sich für die Reichstags- und Landtagswahlen ein einheitliches Verfahren einbürgert, das den Wählern vertraut wird und den Behörden und Parteioptionen die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen erleichtert und vereinfacht. Nur in einem wesentlichen Punkte weicht der Entwurf von dem Reichswahlgesetz ab. Dieses legt keine bestimmte Zahl von Abgeordneten fest, sondern macht die Zahl durch die Vorkaufsfrist, daß auf je 60 000 abgegebene gültige Stimmen ein Abgeordneter entfällt, von der Wahlberechtigung abhängig. Dem Reichsministerium ist es nicht zweckmäßig erschienen, diese Verfahren auf die engeren Verhältnisse des Landes zu übertragen. Im Reich werden Verhältnisse in der Wahlberechtigung untereinander einen gewissen Ausgleich finden, auch sind Schwankungen in der Abgeordnetenzahl bei der größeren Körperlichkeit des Reichstages erträglich als bei dem kleineren Abgeordnetentage des sächsischen Volksvertretung. Der Entwurf legt daher eine bestimmte Abgeordnetenzahl fest und bringt als solche die Zahl von 84 Abgeordneten in Vorschlag. Das Reichsministerium war dabei der Auffassung, daß die Verhältnisse und die Einschränkungen, die der Abgeordnetentage des Landes durch die Reichsverfassung erfahren hat, die Herabminderung von 96 auf 84 Abgeordnete gerechtfertigt erscheinen lassen. Zur Verteilung der Abgeordneten, wie auf die einzelnen Wahlkreise wird die Gesamtheit aller gültigen Stimmen durch die Zahl der Abgeordneten geteilt, woraus sich die

Sein oder Nichtsein!

400 000 Deutsche müssen in ihren Geburtsorten beibehalten werden, um dort in der entscheidenden Abstimmung

„Deutsch!“

zu rufen und dadurch das Opfer der Hungersnot zu verhindern. Das Reich darf nach dem Friedensvertrag die Mittel nicht geben.

Du mußt geben!

Jahre sofort ein für die Hungeropfer der Reichsbevölkerung. Druck auf Deine Hand Spanische oder Zeitung oder Brief auf Postamt Leipzig 113091

**Zentral-
Lichtspiel-Theater
Gröba.**

Heute zum letztenmal: „Herrin der Welt, 6. Teil“.
Dienstag, den 22. bis Donnerstag, den 24. Juni:
Die Braut des Entmündigten.
Schauspiel in 5 Abteilungen. — In der Hauptrolle Eva May.
Voranzeige: Ab Freitag, den 25., bis Montag, den 28. Juni:
Herrin der Welt, 7. Teil: „Die Wohltäterin der Menschheit“.
Um aktigen Zuspruch bittet die Darstellerin Anna Jach.

Haus in Nieja
mit 8 Wohnungen, großem Garten sofort zu verkaufen. Zu erst. im Tageblatt Nieja.
Friseurgeschäft
in Nieja oder Umgebung geg. sofortige Kasse zu kaufen gesucht. Gefl. Offerten unt. U 6330 an das Tagbl. Nieja.

Lastauto
fährt dieser Tage nach Dresden und kann noch 50-60 Str. Ladung mitnehmen. Angebote an Bergsgenossenschaft Ströbla.

Postkraftwagen mit Anhänger
(5. km. 10 To.) ist in nächster Zeit wieder für einige Tage frei. Anfragen an Bergsgenossenschaft e. V. m. b. H. Ströbla.

Fahrrad (Inval. u. Popp. Str. 24.)
Gehr. Mil. Dose u. Hochumgeard., f. 125 M. z. verk. ab 8 Uhr abends. Zu erst. im Tagebl. Nieja.
Ein Dienstant u. ein Hoch. getr. billig zu verk. desgl. 5 neue Normal-Pemden. 4 Unterhosen, Stiel 58 M. Zu erst. im Tageblatt Nieja.
Ein sehr guterhaltener **Ueberzieher** schwarz, zu kaufen oder gegen ein Damenrad mit od. ohne Bereifung zu tausch. gesucht. Zu erst. im Tagebl. Nieja.
Gut-Verdammalchen zu kauf. erb. Ledergamaschen gesucht. Offerten m. Preisangabe unt. U 7 6334 an das Tagbl. Nieja.

Roby. Damendachstuhl-Niesel, Gr. 39, einmal getz. u. Kleidchen u. w. Stiefel, Gr. 26, preisw. zu verkaufen. Wilhelmstr. 9, 1.

29 St.-Kragen, Nr. 39-42, zu verkaufen. Gröba, Reichstr. 17.

Damen-Uhr, gutgehend, zu verkaufen. Zu erst. im Tageblatt Nieja.
1 Sommerhal-Ströwainig, 1 Paar Reistiefel zu verkaufen. Zu erst. im Tageblatt Nieja.

Typ.-Schreibstisch, neu, neuzeitlich, Stiel, Tisch dunkel, bill. z. verk. Zu erst. i. Tagbl. Nieja.
Gehr. Sofa, Glaschrank, Bettstelle billig zu verkaufen. Wehner Str. 9.

Runkelpflanzen dat abgegeben. R. Nischke, Strömen.

Torf (martenfrei) zu haben bei **A. G. Hering & Co.** Elbstr. 7.

Groß-Posten Fahrrad-Mantel und -Schläuche empfehlen **Franz & Emil Müller** Maschinenhandlung Werdorf, Fernstr. Nieja 508 Nieja, R. 23-Bl., Fipr. 781.

Brikellausgabe für's Land am Mittwoch, den 23. Juni, früh 7-11 Uhr auf alle Nummern. **H. Kern, Elbstr. 2.**

Brikellausgabe im Cafen am Dienstag, den 22. Juni, vorm. tags von 7-10 Uhr auf Junifarten von 1-150. **Paul Benzel, Gröba.**

Empfehle großen Posten **Rhabarber** Fund 40 Wg. Reichelstr. 19.

Besonders preiswerte
**Baumwoll-
waren und
Waschstoffe**

Hemdentuche gute Qualität
80 cm breit **M. 22.—**

Bettbezugstoff rot kariert
gute Ware, 85 cm breit **M. 30.—**

Bettkattun 85 cm breit **M. 23.—**

Schürzen - Siamosen
beste Qualität, in verschiedenen Streifen,
120 cm breit **M. 36.—**

Dirndlstoffe
in verschiedenen Mustern **M. 25.—**

Woll-Volle für Kleider und Blusen
120 cm breit **M. 28.—**

Volle schöne Blumenmuster
70 cm breit **M. 15.—**

Linon feinfädige Ware für Leibwäsche
105 cm breit **M. 17.50**



Seifenfabrik Grubann & Anche, Riesa.
Morgen Dienstag bringen wir einen Posten **Reichs-Haushalt-Seife und Toilette-Seife** zu außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf.

Brikett-Ausgabe
für die Stadt auf die Monate Mai und Juni, für's Land Juni, Juli.
Abholung nach Belieben im Laufe dieser Woche. Spätestens bis Sonnabend, den 28. ds., müssen alle Rückstände abgeholt sein.
H. G. Hering & Co., Elbstr. 7.

Kohlen-Ausgabe
Wolda
Dienstag, den 22., von früh 7 Uhr auf sämtliche Juni-Marken bei Herrn J. Riese.
Piotrowsky.

1 Paar starke dänische Arbeitspferde
feste Bieder, langschweflig, sowie mehrere leichte Pferde, darunter ein schön. 4-jährig. Pong, 1,50 hoch, flott. Gänger, sind preiswert zu verkaufen.
Gurt Augustin, Frau Sa., Tel. 151.

Pferde-Verkauf.
Stelle von Mittwoch ab einen frischen Transport erklaffige Wagenpferde sowie dänische und schwedische Arbeitspferde leichten und schweren Schlages im Café zur goldenen Krone in Großenhain zu mögl. billigen Preisen zum Verkauf.
Großenhain, Fernsprecher 95. Oswald Bennenig.

Kammer-Lichtspiele
Riesa, Hauptstr. 1.
Nur noch heute: „Julius Cäsar“.
Ab morgen Dienstag bis Donnerstag:
„Als der Vorhang fiel“,
spann. Drama in 4 Akten, nebst einem tollen Lustspiel.
Beginn der Vorstellung abends 8 Uhr, Kassenstich 7,9 Uhr.

Vereinsnachrichten
Orpheus. Heute 7,9 abends Kronprinz.
Gaufst. Wettkämpfer müssen bis 26. 6. gemeldet und Renngelder bezahlt sein.
Chorverein. Dienstag, 22. d. M., abends pünktlich 8 Uhr letzte Probe „Bettiner Hof“. Singende Mitglieder, die hierzu nicht erscheinen, sind von der Mitwirkung im Konzert ausgeschlossen. Ausgabe der Eintrittskarten für singende Mitglieder.
Rieser „Frischaut“. Dienstag nach der Turnstunde wichtige Besprechung. Turnmarsch betr.
Rieser Sport-Verein e. V. Dienstag, Café Wolf, 7 Uhr Sitzung des Jugendauschusses, 8 Uhr wichtige Vorstandssitzung.
Schweizer-Verein „Frühau“ Riesa
hält am Mittwoch, den 23. ds., **großen Ball** im Hotel zum Stern ab. Mitglieder und Damen, sowie Freunde und Gönner herzlich willkommen. — Mitglieder werden gebeten, ein Paket mitzubringen. Der Ges.-Vorst.

Dienstag, den 22. Juni
Hotel Höpfner
Einmaliges Ensemble-Gastspiel:
: der Deutschen Kammeroper. :
Dieses Unternehmen ist berufen, gegen die Darstellung minderwertiger Theaterstücke, sowie Schundliteratur vorzugehen u. wird von Behörden weitgehend gefördert.
Zur Darstellung gelangt:
„Es fiel ein Reif . . .“
Die Tragödie einer Ehe in 3 Akten, von Löwenberg.
Preise der Plätze: Sperrsitze (num.) M. 4.50, 1. Pl. 3.50, 2. Pl. 2.50. Im Vorverkauf: Sperrsitze M. 4.—, 1. Pl. 3.—, 2. Pl. 2.—.
Vorverkauf bei den Herren **R. Abendroth, Hauptstr. u. Ed. Wittig, Bettinerstr.**
Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Achtung! Das Applaudieren nach den Aktschlüssen ist zu unterlassen.
Achtung! Die Vorstellung beginnt punkt 8 Uhr.
Achtung! Zu spät Kommende können erst nach dem 1. Akt ihre Plätze einnehmen.
Achtung! Es wird ohne Souffleur gespielt.

Stadtpark Riesa.
Dienstag, den 22. Juni
großes Streich-Konzert.
Leitung: J. Glimmer, Obermusikmeister.
Anfang 8 Uhr abends.
Es laden ergebenst ein
Otto Weser und Frau.

Die glückliche Geburt eines **kräftigen Sonntagsgungen** zeigen hoch erfreut an
Herrn Emil Göbel und Frau Wieders geb. Jäger.
Wolda, den 20. Juni 1920.

Alfred Kaufmann
Helene Kaufmann geb. Rörze
Vermählte
Riesa/Leipzig, am 21. Juni 1920

Hedwig Müller
Arno Franke
Verlobte
Nüchritz, 21. Juni 1920. Bödorsau.

Seife
schöne trockene Ware zu besterem Preis für Haushalt und Wiederverkauf empfehlen
F. W. Thomas & Sohn.

Städtischer Sirischnverkauf
Dienstag, den 22. Juni, vorm. 8-11 Uhr an Gute Quelle 1 bis Schluß. Mittwoch, den 23. Juni an Dampfbad vorm. 8-11 Uhr 1-200, nachm. 2-5 Uhr 201 bis Schluß. Stadtsäckerei.

Täglich **frische Erdbeeren und Kirschen, sowie Ammern, Johannisbeeren, Stachelbeeren** empfiehlt
Friedrich Koch, Hauptstr. 19.

Dienstag nachm. u. 5 Uhr ab **Kartoffelverkauf.**
Ger. Lachdöringe.
Tr. Striegler, Neu-Weiba.

Neue Kartoffeln empfiehlt
Gärtnerei Görler, Baulitz.

Prima ital. Zweifelhobel, neue schottische Wollheringe, Juchehonia (marfenfrei), ferd. Milch, gesüßert, holl. harte Schlad- und Dauertourk, Kuh- und Garkäse, Sauer- und Pfeffergurken empfiehlt
Paul Schaufschil, Bettinerstr. 5 (neben Bettiner Hof).

Morgen früh trifft hochfeines **Schellfisch** **Nablian und Notzunge** frisch auf Eis ein.
Ernst Schäfer Nachf.

Secische billiger!
Morgen Dienstag früh
H. Schellfisch, Clemens Bürger.

Dank.
Derglimigen Dank allen für liebevolle Teilnahme, reichen Blumensträußchen und das treue Geleit zur letzten Ruhestätte unserer lieben Entschlafenen. Besonderen Dank Herrn Warrer für seine trostreichen Worte, Herrn Kantor nebst seinen Schülern für den schönen Gesang und der lieben Jugend zu Wohlsein und Heilung.
Du aber, liebe Dora, ruhe in Frieden.

Die trauernde Familie **Max Weyer** nebst Angehörigen.
Wobitz, den 21. Juni 1920.
Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.